

**Kurzprotokoll über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.09.2017**

Vorsitzender: Landrat Wolff

Schriftführerin: Frau Mayer

**- Öffentlich -**

**TOP 1**

**Vorstellung des neuen Leiters des Kinderschutzzentrums Göppingen**

**Vorlage: 2017/141**

Kenntnisnahme

**TOP 2**

**Bericht zur Projektarbeit des Kreisjugendrings und des Kreisjugendamtes**

**Vorlage: 2017/126**

Kenntnisnahme

**TOP 3**

**Neukonzeptionierung "JAMP - Jugendarbeit mit Profil"**

**Vorlage: 2017/127**

Kenntnisnahme

**TOP 4**

**Landkreisweites Projekt Familienhandbuch**

**Vorlage: 2017/125**

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Inhalt des Familienhandbuchs zustimmend zur Kenntnis.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, das Familienhandbuch, mit einem Betrag von 6.000 Euro aus Mitteln, die unter dem Produkt 36 30 02 99 00 „Förderung der Erziehung in der Familie“ und dem Produkt „Frühe Hilfen“ für das Jahr 2018 und den darauf folgenden Jahren eingestellt sind, weiterhin umzusetzen.

## **TOP 5**

### **Bewilligung des Zuschusses 2016 für den Verein Haus der Familie Familienbildungsstätte Göppingen e.V.**

**Vorlage: 2017/068**

Der Zuschuss 2016 des Landkreises für das Haus der Familie Göppingen wird auf 80.000,00 € festgesetzt.

## **TOP 6**

### **Verschiedenes**

Herr **E b e r t** bittet in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung um einen detaillierten Bericht über Personalressourcen, Aufwendung finanzieller Mittel und Besucherzahlen der Theatertage. Herr **H i l g e r** schlägt vor, aus zeitlichen Gründen den Bericht erst im Frühjahr 2018 zu erstatten.

Herr **K u h n** erklärt, dass der Antrag zu den Theatertagen noch schriftlich eingehe und u.a. die Frage beinhalte, was die Aufgaben des Kreisjugendamtes bei der Ausrichtung der Theatertage sei.

Auf Herr **E b e r t**'s Frage, wie der aktuelle Stand von IMAKA sei, erklärt Herr **H i l g e r**, dass der Prozess noch nicht beendet sei. Momentan erfolge der Übergang von der Projektgruppe in die Lenkungsgruppe. Die Aufbauorganisation ist beendet. Die Zeitschienen für die Umsetzung der Maßnahmen werden sukzessive umgesetzt.

Herr **E b e r t** möchte ergänzend wissen, welche Auswirkungen IMAKA auf das Kreisjugendamt hat.

Der **V o r s i t z e n d e** erklärt, dass der Verwaltungsausschuss bereits hierüber informiert sei. Die Umsetzung ziehe sich über Jahre hinweg.

Er sagt zu, dass der Jugendhilfeausschuss in der nächsten Sitzung über den aktuellen Stand in Kenntnis gesetzt wird.

Auf Frage von Herrn **E b e r t**, ob die frei werdenden Stelle von Herrn Terwedow bereits besetzt werden konnte, antwortet Herr **H i l g e r**, dass es vier Bewerber gab. Davon wurden zwei in den Verwaltungsausschuss am 27.10.2017 eingeladen. Wahrscheinlich stellt sich dort noch ein 3. Kandidat vor.

Auf die Stelle von Herrn Braun gingen trotz mehrfacher Ausschreibungen keine tauglichen Bewerbungen ein. Herr **H i l g e r** hofft, dem Verwaltungsausschuss am

27.10.2017 einen Bewerber vorstellen zu können. Insgesamt laufe die Suche nach Nachfolgern schleppend.

Schließlich möchte Herr E b e r t wissen, wie es mit der Einstellung von Integrationsmanager vorangeht. Herr D a n g e l m a y r führt aus, dass in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 jeweils 58 Millionen Euro vom Land zur Verfügung gestellt wurden. Von dem Geld sollen insgesamt 1000 Integrationsmanager im Land eingestellt werden. Bisher gibt es vorläufige Anwendungshinweise vom Land, aber noch keine Verwaltungsvorschrift. Danach müssten für den Landkreis insgesamt 17,4 Vollzeitstellen finanziert werden.

Die Städte und Gemeinden haben ein Erstvorschlagsrecht. Mit den Kommunen erfolgt derzeit Abstimmung, welche von ihnen die Aufgabe selbst übernehmen wollen und welche die Aufgabe dem Landkreis übertragen.

Momentan erfolgt eine aufwändige Nacherfassung der Flüchtlinge, die demnächst abgeschlossen sein soll. Dann kann sich die Anzahl der für den Landkreis ermittelten Integrationsmanagern noch ändern.

Das größte Problem sieht Herr D a n g e l m a y r darin, Sozialpädagogen für diese Aufgabe zu finden. Es bestünde jedoch auch die Möglichkeit, Personen mit einer entsprechenden Nachqualifizierung einzusetzen.

Der V o r s i t z e n d e ergänzt, dass Göppingen bereits entschieden habe, die Integrationsmanager selbst einzustellen. Donzdorf und Ebersbach wollen dies eventuell auch selbst machen. Eine genaue Aussage sei hierzu aber noch nicht möglich.

Frau H u b e r sieht die Überlegung, die Qualifizierung auf andere Berufsgruppen auszuweiten kritisch. Außerdem sei es in den in Frage kommenden Berufsgruppen genau so schwierig Personal zu finden. Sie sieht auf lange Zeit in diesem Bereich ein Problem in allen sozialen Berufen. Werde nicht mehr in die Qualifizierung der heutigen Jugendlichen und in die Ausbildung sozialer Berufe investiert, werde dies in Zukunft zu großen Problemen führen.

Herr D a n g e l m a y r verweist darauf, dass es viele amtliche Stellen gebe, die sich von Berufswegen um Flüchtlinge kümmern und ein starkes Ehrenamt wertvolle Arbeit leiste. Sollten die Stellen nicht besetzt werden können, gebe es viele Strukturen, die dies auffangen könnten. Er informiert, dass das Kreissozialamt derzeit dabei ist, eine Gesamtkonzeption „Integration“ zu erarbeiten“.

Frau H u b e r macht nochmals deutlich, dass sich ihre Bedenken, nicht nur auf die Besetzung der Stellen für Integrationsmanager beziehe, sondern auf den gesamten sozialen Bereich.

Der V o r s i t z e n d e informiert den Jugendhilfeausschuss über die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.11.2017.